

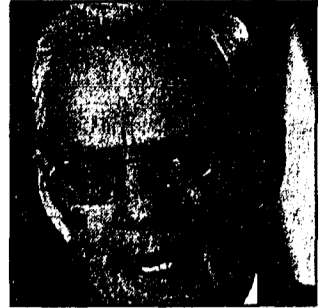


## Sanktionen angedroht

Der UN-Sicherheitsrat hat die afghanische Taliban-Regierung ultimativ aufgefordert, innerhalb von 30 Tagen den mutmasslichen Terroristen Osama bin Ladin auszuliefern und terroristische Ausbildungslager zu schliessen. Die von den USA und Russland eingebrachte Resolution wurde bei Enthaltungen von China und Malaysia am Dienstag in New York verabschiedet. Beide Länder befürchten, dass damit die Friedensbemühungen zur Beendigung des seit 20 Jahren andauernden Bürgerkriegs zum Scheitern gebracht werden. Sollte Kabul die Forderungen nicht erfüllen, sollen diverse Sanktionen in Kraft treten. UN-Generalsekretär Kofi Annan und Hilfsorganisationen hatten sich gegen die Resolution ausgesprochen, weil sie davon eine Verschärfung des humanitären Elends für die verarmte Bevölkerung Afghanistans befürchten.

## NACHRICHTEN

### Paul O'Neill soll US-Finanzminister werden



WASHINGTON: Der künftige US-Präsident George W. Bush hat seine Kabinettsbildung am Mittwoch fortgesetzt. Auf einer Pressekonferenz in Texas benannte er den 65-jährigen Paul O'Neill zum Finanzminister. O'Neill ist Chef des Aluminiumkonzerns Alcoa und hatte bereits unter den Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford in der Regierung gearbeitet. Die Ernennung O'Neills löste beim rechten Flügel der republikanischen Partei Kritik aus. O'Neill vertritt Experten zufolge eine moderate Haltung im Hinblick auf die von Bush geplanten Steuersenkungen.

# Entscheidung von grosser Tragweite

Nach Erlaubnis zum Klonen in Grossbritannien geht Debatte weiter

LONDON: Der Entscheid des britischen Unterhauses, das Klonen von Embryos für therapeutische Zwecke zu erlauben, hat am Mittwoch teils heftige Reaktionen hervorgerufen. Gegner des Entscheids hoffen auf das Oberhaus, das noch nicht über das Gesetz beraten hat.

Die zweite Kammer (House of Lords) hat noch keinen Termin für die Debatte über das Gesetz

festgesetzt. Das Unterhaus hatte die entsprechende Gesetzesänderung am Dienstagabend mit 366 gegen 174 Stimmen gefallt. Schon in der Debatte waren die Emotionen teilweise hochgegangen.

Wenn auch die Lords zustimmen, wird Grossbritannien das erste Land Europas, in dem bis zu 14 Tage alte Embryos geklont werden dürfen. Während Vertreter von Wissenschaftsorganisationen und Patientenverbänden den Entscheid begrüsst, zeigten sich vor allem Sprecher konservativer und

christlicher Gruppen entsetzt.

So zeigte sich das Oberhaupt der katholischen Kirche von England und Wales, Erzbischof Cormac Murphy O'Conner, «äusserst beunruhigt» über den Gesetzentwurf. Auch das Klonen für Therapie-Zwecke sei eine neue Form der menschlichen Reproduktion und werfe massive moralische Fragen auf. Jack Scarisbrick, Vorsitzender der Hilfsorganisationen Life, fürchtet die Schaffung eines neuen Menschentyps ohne Eltern. «Die Gesellschaft müsste eigentlich erschauern ange-

sichts einer solche Perspektive. Der Vorsitzende der Gesellschaft zum Schutz des ungeborenen Kindes, John Smeaton, sprach von einem traurigen Tag für die ethischen Normen der Wissenschaft und den Respekt des ungeborenen Lebens in Grossbritannien.

Hingegen begrüsst Crispin Kirkman, Sprecher der Vereinigung der britischen Bioindustrie, den Parlamentsentscheid. «Wir sind überzeugt, dass die Ausweitung der erlaubten Embryonen-Forschung den Weg zur Behandlung bisher

unheilbarer Krankheiten ebnet wird.» Sprecher von Organisationen, die Patienten mit Alzheimer, Parkinson, Multipler Sklerose oder Leukämie vertreten, begrüsst denn auch die Parlamentsentscheidung. Dies sei die einzige Hoffnung für viele Schwer- oder Todkranke. Die embryonalen Stammzellen sollen vor allem dazu dienen, neues gesundes Gewebe für schwer kranke Patienten herzustellen. Das Klonen von Menschen soll nach dem Willen des Gesetzgebers weiterhin streng verboten bleiben.

### Zuerst der Präsident und dann das Parlament

PARIS: In Frankreich soll im Jahre 2002 zuerst der Präsident und dann das Parlament gewählt werden. Bisher war es umgekehrt. Das beschloss die Nationalversammlung am Mittwoch in erster Lesung. Der Streit um den Wahlkalender hatte in Frankreich eine heftige Debatte quer durch alle politischen Lager ausgelöst. Das Votum bedeutet nun einen Sieg für den sozialistischen Premierminister Lionel Jospin. Er ist im Gegensatz zu Staatspräsident Jacques Chirac für die Umkehr der Wahlfolge. Jospin verspricht sich von der Änderung der Reihenfolge unter anderem, künftig zu vermeiden, dass ein sozialistischer Premierminister mit einem konservativen Präsidenten («Kohabitation») gemeinsam regieren muss.

### Anklage aufgehoben

SANTIAGO DE CHILE: Der Oberste Gerichtshof Chiles hat die Anklage gegen den früheren Diktator Augusto Pinochet und den Haftbefehl wegen Verfahrensfehlern vorerst aufgehoben. Zugleich öffnete das Gericht aber die Tür für eine erneute Anklage.

Die Richter bestätigten mit vier zu eins Stimmen die Aufhebung der Anklage, die das Berufungsgericht vergangene Woche wegen einer fehlenden Befragung Pinochets zu den Vorwürfen angeordnet hatte. Damit ist Pinochet vorerst wieder ein freier Mann.

Die Befragung müsse der Untersuchungsrichter Juan Guzman jedoch binnen 20 Tagen nachholen, entschieden die Obersten Richter weiter. Anschliessend könnte Guzman erneut Anklage wegen Verbrechen unter der Militärdiktatur (1973-1990) erheben und einen Haftbefehl erlassen. «Der Prozess geht weiter», betonte Viviana Díaz von der Vereinigung der Hinterbliebenen der Diktaturoffer in einer ersten Reaktion.

Sollte die Untersuchung der geistigen und neurologischen Fähigkeiten Pinochets jedoch ergeben, dass er sich nicht mehr ausreichend vor Gericht verteidigen kann, müsste Guzman das Verfahren endgültig einstellen.

## Israelis und Palästinenser verhandeln wieder

Vorsichtiger Optimismus vor zweitem Tag der Gespräche

WASHINGTON/GAZA: Nach rund drei Monaten anhaltender Kämpfe im Nahen Osten haben Israelis und Palästinenser neue Friedensverhandlungen aufgenommen.

Nach der ersten Gesprächsrunde nahe Washington zeigte sich die israelische Delegation in der Nacht zum Mittwoch vorsichtig optimistisch. Eine Einigung in allen Punkten sei bei den Verhandlungen zwar nicht zu erwarten, sagte Kabinetminister Amnon Lipkin-Schahak. In den nächsten Tagen werde sich aber zeigen, ob sich die Gegensätze überbrücken liessen.

Am Dienstagabend trafen die amerikanischen Vermittler Dennis Ross und Aaron Miller auf dem Luftwaffenstützpunkt Bolling südöstlich von Washington separat mit den palästinensischen Verhandlungsführern Sajeb Erakat und Jassir Abed Rabbo sowie dem israelischen Aussenminister Schlomo Ben Ami zusammen. Dies sei ein hoffnungsvoller erster Schritt zu einer Einigung, erklärte ein Sprecher des US-Aussenministeriums, Philip Reeker. «Es gibt keinen anderen Weg.» Die Gespräche finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Verhandlungen könnten

durchaus zu einem Friedensvertrag führen, wenn der politische Wille da sei, erklärte der ägyptische Aussenminister Amr Mussa nach einem Besuch des palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat und des früheren israelischen Kabinetministers Jossi Sarid in Kairo. Der ägyptische Staatschef Hus-

ni Mubarak traf sich mit beiden Politikern zu getrennten Gesprächen.

Als schwierigster Verhandlungspunkt in den USA gilt der künftige Status von Jerusalem. Der palästinensische Delegierte Jassir Abed Rabbo bekräftigte in der Zeitung «El Ajam» erneut den Anspruch auf volle Ober-

hoheit über die Stadt. Nach den vermittelten Beratungen sind auf dem Stützpunkt Bolling Dreiergespräche und schliesslich direkte Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern angestrebt.

Unterdessen kam es im Gazastreifen zu neuer Gewalt. Nach Angaben von Augenzeugen feuerten israelische Soldaten am Grenzübergang Netzarim auf einen Transporter der palästinensischen Autonomiebehörde.

Ein Mann wurde nach Krankenhausberichten mit mehreren Schüssen getötet, ein weiterer schwer verletzt. Bei Rafah wurden ein palästinensischer Junge getötet und mindestens 33 Menschen verletzt, wie Kliniksprecher berichteten.

Die israelische Armee bestätigte Auseinandersetzungen in Rafah. Sie habe auf Provokationen reagiert, gab sie an. Von einer Schiesserei bei Netzarim sei allerdings nicht bekannt. Bei den blutigen Kämpfen in den vergangenen Wochen wurden mehr als 330 Menschen getötet, die meisten davon Palästinenser.

Der palästinensische Präsident Jassir Arafat verurteilte die Gewalt. «Solche aggressiven Taten zerstören den Friedensprozess», kritisierte er nach seiner Rückkehr aus Kairo.



Unter dem Vorsitz von US-Präsident Bill Clinton verhandeln Israelis und Palästinenser wieder über einen möglichen Frieden im Nahen Osten.

### Dänischer Aussenminister kündigt Rücktritt an



KOPENHAGEN: Der dänische Aussenminister Niels Helveg Petersen hat gestern seinen Rücktritt angekündigt. Als Grund nannte er das Nein der Dänen bei der Volksabstimmung über den Beitritt des Landes zur Europäischen Währungsunion im September. Er halte sich nicht mehr für die geeignete Person, das Land mit zu führen, sagte der Minister in einer Pressekonferenz in Kopenhagen. Hätten die Dänen im September dem Euro zugestimmt, wäre er noch im Amt geblieben, erklärte er weiter.